



Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

24. Sitzung (nicht öffentlich)

27. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitz: Ingrid Fitzek (GRÜNE)

Stenograph: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: **Die Ereignisse rund um die Wahl des studentischen Vertreters in das Kuratorium der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf am 11. November 1997**

auf Antrag der CDU-Fraktion

1

StS Dr. Lieb gibt hierüber detailliert Auskunft.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998
(Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400
Vorlage 12/1548, 12/1549, 12/1606 und 12/1657
Zuschriften 12/1063 und 12/1544

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

3

Nach erfolgter Einzelabstimmung über die Anträge - *siehe Vorlage 1714* - nimmt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung den Entwurf des Einzelplan 06 mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

Ferner kommt der Ausschuß überein, die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form zu ermächtigen, die sich aus den Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

3 Verschiedenes

6

(Siehe Diskussionsteil)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400
Vorlage 12/1548, 12/1549, 12/1606 und 12/1657
Zuschriften 12/1063 und 12/1544

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Vorsitzende Ingrid Fitzek teilt vorab mit, daß die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen nicht bis zum vereinbarten Zeitpunkt hätten geliefert werden können, weil die Verständigung unter den Koalitionsparteien nicht früher möglich gewesen sei.

Manfred Kuhmichel (CDU) merkt an, er habe soeben die angekündigte Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1998 in seinem Fach gefunden, und möchte wissen, welche wesentlichen Veränderungen die Ergänzung ausweise und ob vor diesem Hintergrund heute eine ordnungsgemäße Beratung erfolgen könne.

Dietrich Kessel (SPD) sieht keine Probleme, die Anträge heute zu beraten. Die in der Ergänzungsvorlage 06 aufgeführten Einschränkungen seien die Auswirkungen der neuesten Steuerschätzung auf den Landeshaushalt. Die Ressorts würden insgesamt mit 500 Millionen DM zusätzlich belastet. Davon entfielen, soweit ihm bekannt sei, 69 Millionen DM auf den Einzelplan 06. Dieser Sachverhalt sei den Koalitionsfraktionen bei ihren Beratungen durchaus bekannt gewesen.

Donata Reinecke (SPD) weist darauf hin, daß die teilweise noch in den Fächern der Abgeordneten liegende Ergänzungsvorlage auch heute erst dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Kenntnis gegeben worden sei. Der Haushalts- und Finanzausschuß gehe davon aus, daß die Ergänzungsvorlage erst nach der jetzt abzuschließenden Beratungsrunde diskutiert werde.

StS Dr. Lieb (MWF) teilt zum Verfahrensstand mit, daß die Ergänzungsvorlage erst am letzten Dienstag im Kabinett beschlossen worden sei, und die Landesregierung insofern das Parlament um Verständnisse bitte, die Ergänzungsvorlage erst jetzt zu erhalten.

Der Finanzminister habe sich veranlaßt gesehen, eine Ergänzungsvorlage vorzulegen, weil man nach der Steuerschätzung vom 11. November 1997 davon ausgehen müsse, daß die Einnahmeseite des Landeshaushalt um etwas über 2 Milliarden DM niedriger ausfalle, und damit das Parlament nicht einen Haushaltsentwurf diskutieren müsse, der von Anfang an korrekturbedürftig gewesen wäre.

Für den Einzelplan 06 ergäben sich im wesentlichen keine inhaltlichen Änderungen. Positiv sei anzumerken, daß der Prozentsatz, den das Wissenschaftsressort von der globalen Minderausgabe in Höhe von 500 Millionen DM zu übernehmen habe, geringer sei als in der Vergangenheit, nämlich nur 13,6 Prozentpunkte. Damit entfielen auf den Einzelplan 06 von der globalen Minderausgabe etwas über 69 Millionen DM. Ferner sei das MWF erfreut darüber, daß die Drittmittel nicht mehr wie in der Vergangenheit beim Prozentsatz angerechnet worden seien. Deswegen habe man sich auch gegen die prozentuale Übernahme von Anteilen an der globalen Minderausgabe auch nicht wehren wollen, weil hinsichtlich der Drittmittel gegenüber früheren Nachtragshaushalten oder Ergänzungsvorlagen eine Besserstellung erfolgt sei.

Schließlich weist der Staatssekretär darauf hin, daß es eine Reihe von neuen "Titulaturen" gebe, weil es etwa hinsichtlich der institutionellen Förderung zu einer veränderten Veranschlagungstechnik habe kommen müssen.

Adolf Retz (SPD) verweist bezüglich des Beratungsverfahrens heute auf die Geschäftsordnung, wonach die Ergänzungsvorlage im Ausschuß heute nicht beraten werde. Der Haushalts- und Finanzausschuß beginne damit als erster. Es sei abzuwarten, welche Konsequenzen daraus für die Fachausschüsse entstünden.

Vorsitzende Ingrid Fitzek hält es gleichwohl für richtig - und so habe sie die Wortmeldung vom Abgeordnete Kuhmichel aufgefaßt -, daß von seiten der Landesregierung eine Erläuterung zum Stellenwert der Ergänzungsvorlage und zu den Rahmenbedingungen, unter denen heute diskutiert werde, gegeben worden sei. Beratungsgrundlage sei heute aber der Haushaltsentwurf und die von den Fraktionen eingereichten Änderungsanträge; darüber werde auch abgestimmt. Alles weitere werde zunächst im Finanzausschuß beraten.

(Hinweis: Im folgenden sind nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die schriftlichen Erläuterungen und Begründungen zu den vorliegenden Anträgen hinausgehen, die wie auch die entsprechenden Einzelabstimmungen der Vorlage 12/1714 zu entnehmen sind.)

Zum Antrag der CDU-Fraktion

Zukunftsinvestitionen für Wissenschaft und Forschung
in Nordrhein-Westfalen

Manfred Kuhmichel (CDU) erinnert an die Empörung darüber, daß sich die CDU-Fraktion bei den letzten Haushaltsberatungen im Fachausschuß nicht beteiligt habe. Seine Fraktion habe ihr Verhalten seinerzeit damit begründet, daß der gesamte Haushalt 1997 nicht akzeptabel und auch der Wissenschaftshaushalt nicht ausreichend sei sowie alle CDU-Anträge der

letzten Jahre mehr oder minder kommentarlos abgelehnt worden seien, darunter ein Antrag für den Haushalt 1996 auf Aufstockung des Hochschulbaubereichs in Höhe von 100 Millionen DM. Gleichwohl habe man sich bei der weiteren Beratung bis ins Plenum den Vorwurf gefallen lassen müssen, man hätte nie und nimmer irgendwelche Anträge gestellt. Das sei nicht in Ordnung gewesen.

Vor der letztjährigen Schlußberatung im Plenum habe man feststellen müssen, daß die Vorsitzende des Ausschusses und gleichzeitig Sprecherin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN doch erhebliche Kritik an dem Wissenschaftshaushalt öffentlich, wohlplaciert und medial geschickt geübt habe, indem sie erklärt habe, daß beim Haushalt 1997 die vorhandenen Möglichkeiten zur Umschichtung im Haushalt nicht entsprechend realisiert worden und dadurch Zukunftschancen für nachfolgende Generationen nicht genutzt worden seien. Diese Bewertung habe seine Fraktion schon ein wenig stutzig gemacht, aber auch ermutigt, ein wenig später einen Antrag im Plenum einzubringen und auch heute einen entsprechenden Antrag zu stellen. Vor dem Hintergrund dieses Vorlaufs könne er sich gut vorstellen, daß die Koalitionsfraktionen diesem Antrag auch konstruktiv begegneten; denn inhaltlich werde darin gefordert, was alle Fraktionen seit Jahr und Tag forderten. Die Deckung für den heute vorgelegten Antrag könne dem Antrag der CDU Drucksache 12/2556 unter Punkt 4 entnommen werden, der als Anlage beigefügt sei.

Er fordere die Koalitionsfraktionen auf, einen entsprechenden Deckungsvorschlag zu unterbreiten, wenn man dem der CDU nicht folgen wolle. Man sei bereit, dem Deckungsvorschlag der Koalitionsfraktionen zu folgen; denn für die Sanierung im Hochschulbau und für die Reduzierung des Investitionsstaus bei der Geräteausstattung und den Bibliotheken müsse etwas getan werden, und das eigentlich schon seit vielen Jahren und nicht erst im Augenblick der Studierendenproteste.

Als alternativer Deckungsvorschlag sei ihm heute noch eingefallen, die anteilig auf das Land entfallenden Beträge von 100 000 DM für den beklagenswerten bundesweiten Rückgang im BAföG in Höhe von 1,5 Milliarden DM heranzuziehen. Hinzu kommen könnten noch etwa 120 Millionen DM, die das Land als Komplementärmittel vorhalten müsse, wenn beim Hochschulbauförderungsgesetz eine Erhöhung der Bundesleistungen um 600 Millionen DM insgesamt verlangt werde. Zusammen kämen diese Beträge dann schon in die Nähe der zur Deckung erforderlichen Mittel für den CDU-Antrag.

Schließlich bietet er den Koalitionsfraktionen an, den Antrag als gemeinsamen Antrag zu verabschieden, und bittet um entsprechende Zustimmung.

Dietrich Kessel (SPD) bezeichnet die von der CDU vorgeschlagene Arbeitsteilung, daß die Opposition die Anträge stelle und die Koalitionsfraktionen für die entsprechende Deckung sorgten, als nicht gerade amüsant. Es behaupte niemand, daß es keine Defizite etwa im Hochschulbau gebe, aber bei der Beratung des eben zitierten CDU-Antrages sei schon deutlich geworden, warum die Regierungsfractionen den Deckungsvorschlägen nicht zustimmen könnten. Aus diesem Grunde lehne seine Fraktion den Änderungsantrag der CDU ab.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Manfred Kuhmichel (CDU) erklärt zum Abstimmungsverhalten seiner Fraktion, gegenüber den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen werde man sich jeweils enthalten, weil noch keine Gelegenheit gefunden worden sei, die zu kurzfristig eingegangenen Anträge zu beraten. Im übrigen hielten es die Koalitionsfraktionen nicht für nötig, Deckungsvorschläge zu unterbreiten. - **Adolf Retz (SPD)** erwidert, es gebe eine globale Deckung, die im Haushalts- und Finanzausschuß eingebracht werde.

Im übrigen wird der Vorschlag der Ministerin für Wissenschaft und Forschung zur Verteilung der sogenannten **Topfstellen** von allen Fraktionen zum **gemeinsamen Antrag** erhoben.

3 Verschiedenes

Auf Bitten von **Manfred Kuhmichel (CDU)** teilt **StS Dr. Lieb (MWF)** mit, er bedauere, daß die Abordnung des Kanzlers Dr. Harald Lutter an die Fachhochschule Bochum in der "Rheinischen Post" und in der "NRZ" gestanden habe, bevor der Ausschuß unterrichtet worden sei. Am 24. November habe der Kanzler die Abordnungsurkunde erhalten. Seit Montag dieser Woche habe er seine Tätigkeit an der Fachhochschule Düsseldorf beendet. In Zukunft werde Dr. Lutter in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Kanzler der Fachhochschulen für Fortbildungsmaßnahmen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den neuen Ländern tätig werden.

Die getroffene Entscheidung und auch deren Annahme seien nicht einfach gewesen, ihr seien außerordentlich schwierige und langwierige Verhandlungen vorausgegangen. Daß dies so lange gedauert habe, bedauere er ausdrücklich. Die erfolgte Abordnung sei sicherlich noch die kurzfristigste Möglichkeit gewesen. Diese Maßnahme sei sicherlich nur ein erster Schritt, die Schwierigkeiten an der Fachhochschule Düsseldorf zu bewältigen. Damit allein werde es nicht sein Bewenden haben; das betreffe sicherlich auch noch andere Funktionen in der Verwaltung. Kurzfristig wolle man nun zu einer Übergangslösung kommen, damit die Verwaltung arbeitsfähig sei. Zu diesem Zweck würden Gespräche geführt. Er hoffe, bei nächster Gelegenheit und sobald eine weitere Entscheidung getroffen sei, darüber berichten zu können.

gez. Fitzek
Vorsitzende

14.01.1998/21.01.1998

215